

Przeglądy i komentarze

Polendenkmal

Eine deutsche Debatte um angemessene Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg

Deutschland hat reiche Erfahrung mit dem Abbau von Denkmälern: Nach 1945 waren es diejenigen der Nationalsozialisten, 1989 kamen in der ehemaligen DDR die kommunistischen Hinterlassenschaften dazu, in jüngster Vergangenheit entdeckte die Öffentlichkeit koloniale Überbleibsel als problembehaftet. Dieser Prozess ist längst nicht abgeschlossen, immer wieder werden Objekte als problematisch identifiziert, die bislang als „unverdächtig“ galten bzw. die nur eine Minderheit kritisch sah. Verbunden mit dieser Neuausrichtung waren oft harte Debatten und es gab viele unterschiedliche Resultate.

Der umgekehrte Prozess, also die Errichtung neuer, demokratischer Denkmäler, war viel seltener zu beobachten. Tatsächlich existiert in dieser Hinsicht nachgerade eine Lücke im öffentlichen Raum. Zwar wird dort regelmäßig neue Kunst installiert, aber figuratives Erinnern an Persönlichkeiten der Nachkriegszeit oder etwa der Weimarer Republik bleibt die Ausnahme. Kaum anders sieht es bei Gedenkzeichen für die Verbrechen bzw. Opfer des Nationalsozialismus aus, die in aller Regel mit einem Bildungsangebot einher gehen – von schlichten Informationstafeln bis hin zu Gedenkstätten (Puvogel/ Stankowski 1996; Endlich u.a. 1999). Aber es ist zu konstatieren, dass Hinterlassenschaften der DDR teilweise und die Erinnerungskultur der DP-Camps im Grunde vollständig entfernt wurden.

Bemerkenswert sind vor allem die Neue Wache in Berlin, wo Bundeskanzler Helmut Kohl eine vergrößerte Plastik von Käthe Kollwitz aufstellen ließ – als Erinnerung an ausnahmslos alle Toten des Zweiten Weltkriegs, und damals gesellschaftlich umstritten (Dolff-Bonekämper 2021: 79-104). Und außerdem die zentralen Berliner Gedenkorte für die ermordeten Juden Europas, die verfolgten Homosexuellen und die verfolgten Sinti und Roma; beim Denkmal für die Opfer der Euthanasie wurde eine Plastik von Richard Serra nachträglich zum Denkmal umgewidmet (Endlich 2014: 10-21). Mit den letztgenannten Denkmälern, die allesamt nach der Jahrtausendwende entstanden und von der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas betreut und insbesondere mit Bildungsangeboten bespielt werden, folgt der deutsche Gedenkdiskurs der nationalsozialistischen Täterlogik.

Vieler Opfer wird auf diese Weise nicht staatlicherseits gedacht, weshalb es immer wieder Forderungen nach zusätzlichen Gedenkortern gibt. Kompliziert ist die Lage dort, wo es keine trennscharfen Verbrechenkomplexe gibt oder intersektionale Verfolgung stattfand. Auch quantitativ besonders herausfordernd ist die Situation im Hinblick auf die im Zweiten Weltkrieg besetzten Länder Osteuropas. Bereits vor vielen Jahren gab es die Forderung, ihrer als Opfer der nationalsozialistischen Lebensraumpolitik zu erinnern (Jahn 2015: 11-17). Politischen Rückhalt gab es dafür allerdings kaum, nicht zuletzt, weil dies eine Zwangsvergemeinschaftung durchaus unterschiedlich gelagerter Fälle bedeutet hätte – schon vor dem russischen Überfall auf die Ukraine wollten viele ostmitteleuropäische Länder nicht mit Russland in eine Schublade gesteckt werden (Ukielski 2019)¹. Aus anderem Grund fand auch der bereits ältere Vorschlag, das in Berlin-Friedrichshain bestehende Denkmal des polnischen Soldaten und deutschen Antifaschisten umzugestalten und zu erweitern, keinen Anklang: es war im sozialen Realismus von der DDR errichtet worden und somit eng mit dem Kommunismus verbunden².

Vor diesem Hintergrund fand sich 2017 eine Gruppe zusammen, die sich für ein „Polendenkmal“ einsetzte, das ein sichtbares Zeichen für die polnischen Opfer des Zweiten Weltkriegs setzen sollte. Die Genese dieses Zusammenschlusses ist nicht vollständig geklärt. Die drei Hauptinitiatoren: Dieter Bingen, Direktor des Deutschen Polen-Instituts (DPI) in Darmstadt, Andreas Nachama, Direktor der Gedenkstätte Topographie des Terrors in Berlin, und Florian Mausbach, ehemaliger Präsident des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, wurden anscheinend vom Auswärtigen Amt zusammengebracht. Jedenfalls berichtete Mausbach in einem Treffen mit Bundestagsabgeordneten zu dieser Denkmalsinitiative (Gespräch 2020), eines Tages einen Anruf von Niels von Redecker, Referent im Auswärtigen Amt, erhalten zu haben, in dem dieser sich nach den gestalterischen Möglichkeiten für so ein Denkmal erkundigte. Redecker wiederum kannte von seinem vorherigen Einsatz in Warschau Mausbachs Sohn Leo Mausbach, der dort als Journalist tätig ist.

Mit dem Deutschen Polen-Institut gab es zudem eine einschlägig aktive Einrichtung, die wesentlich vom Auswärtigen Amt finanziert wird, weshalb dessen Vertreter auch in den Gremien vertreten sind. Die deutsche Diplomatie sah sich in jener Zeit bereits mit einer deutschlandkritischen Warschauer Außenpolitik konfrontiert, die öffentlich mit dem Gedanken einer Reparationsforderung spielte, so dass Überlegungen eines proaktiven, symbolischen Handelns in Berlin nicht fern lagen – und zwar umso mehr, als das deutsche Wissen um die Verbrechen im besetzten Polen tatsächlich gering ist und immer wieder Anlass zu Klagen aus dem Nachbarland war.³

Bingen und Nachama sind in Deutschland seit Jahren hoch respektierte Akteure der gesellschaftlichen Aufklärung über den Nationalsozialismus sowie der grenzüberschreitenden Aussöhnung. Sie versammelten viele ähnlich namhafte Unterstützer um sich und

¹ Paweł Ukielski ist stellvertretender Direktor des Museums des Warschauer Aufstands.

² Im Wesentlichen eine Initiative des letzten, demokratisch gewählten Außenministers der DDR: Markus Meckel, Erläutern. Erweitern. Umdeuten. Das Denkmal des polnischen Soldaten und deutschen Antifaschisten, in: Troebst/Wolf 2011: 189-192.

³ Vgl. hierzu die Ergebnisse des jährlich durchgeführten Deutsch-polnischen Barometers, <https://www.deutsches-polen-institut.de/politik/deutsch-polnisches-barometer/> (18.9.2023).

veröffentlichten im November 2017 einen ersten Aufruf für das „Polendenkmal“ (Aufruf an den Deutschen Bundestag). Als möglichen Standort brachten sie den Anhalter Bahnhof in Berlin ins Spiel, einerseits weil dort der sowjetische Außenminister Wjatscheslaw Molotow im November 1940 bei seinem Besuch beim deutschen Bündnispartner mit dem Zug eingetroffen war – was das deutsch-sowjetische Vorgehen gegen Polen symbolisieren könne; und andererseits, weil auf der gegenüberliegenden Straßenseite mit dem Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung eine staatliche Gedenkstätte für deutsche Opfer der Vertreibungen nach 1945 existiert, der etwas entgegengesetzt werden sollte.

In der auf den Aufruf folgenden medialen Debatte erhielten die Initiatoren einigen Zuspruch, auch und gerade aus Polen (Vgl. die Pressedokumentation bei Bingen/Lengemann 2019: 86-160). Aber sie erfuhren auch deutliche Kritik aus zwei Richtungen: Einerseits politisch, weil die Befürchtung aufkam, dass mit einem gewissermaßen nationalen Denkmal bald auch andere Forderungen laut werden würden und zahlreiche weitere Denkmäler notwendig seien; außerdem würde die explizit so gedachte Verneigung vor den polnischen Opfern einer Deutschland und Europa nicht wohlgesonnenen Warschauer Regierung in die Hände spielen (Exemplarisch: Kellerhoff 2019).

Andererseits wurde fachhistorisch die Frage gestellt, wer denn nun ein „polnisches Opfer“ sei – ob dazu auch die zahlreichen Minderheiten, insbesondere die jüdische zu zählen sei? Als Problem galt dabei nicht ein potielles mehrfaches Erinnern in Deutschland, sondern eher die Fremdzuschreibung von Identitäten, die mit dem Attribut „polnisch“ verbunden sein könne; und zwar umso mehr, als es keinerlei auch nur annähernd exakte Zahlen zur Gesamtopferzahl gibt (Exemplarisch: Bingen/ Lehnstaedt 2018). In diesem Sinne sei ein Denkmal alleine weder ausreichend noch selbsterklärend, ganz im Gegenteil müsse dieses breit kontextualisiert und mit Aufklärung verbunden werden – was implizit die Forderung nach einer Gedenkstätte oder einem über die Zeit des Zweiten Weltkriegs hinausreichende Deutsch-polnischen Museum (Lehnstaedt 2018) nach sich zog. In der öffentlichen Debatte um die angemessene Form spielte damit auch die Frage mit, weshalb denn gebaut werden solle: aus primär außenpolitischen Gründen und mit einem Fokus auf Gedenken, oder tendenziell mit einem nach innen gerichteten Blick, der auf Aufklärung für die deutsche Bevölkerung zielte. Ungeachtet dessen muss jedoch konstatiert werden, dass die genuin polnische Perspektive auf die Frage nach einem Denkmal für Polen in Deutschland unterbelichtet blieb (Lubecka 2023: 81-105).

Die vom DPI professionell gemanagte Kampagne – orchestriert von einem extra errichteten Berliner Büro sowie begleitet u.a. mit einem Buch in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung (Bingen/Lengemann 2019) – fand einigen parteiübergreifenden Rückhalt, ohne freilich eine Mehrheit der Bundestagsabgeordneten zu überzeugen (Marschall 2020). Parallel dazu nahm allerdings die Diskussion um das „Lebensraum“-Projekt an Fahrt auf. Die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden veröffentlichte ein Papier, mit dem sie als umfassende Lösung ein Besetzungsmuseum vorschlug (Benz 2019).

Das jedoch lief den Absichten der Polen-Denkmal-Initiative entgegen, die ja einen gezielten Fokus auf das Nachbarland erreichen wollte. Außerdem rief diese Initiative die polnische Regierung auf den Plan. Denn als der ukrainische Botschafter Andrij Melnyk mit der Forderung in die Öffentlichkeit trat, auch die Toten seines Landes angemessen zu würdigen, positionierte sich der polnische Botschafter, Andrzej Przyłębski, scharf da-

gegen: Er argumentierte unter anderem mit dem „Wolhynischen Gemetzel“ – ethnischen Auseinandersetzungen zwischen Ukrainern und Polen 1943/44 – und einer Täterschaft der Ukrainer im Holocaust. Zudem handle es sich „bei den Opfern unter der ethnischen ukrainischen Zivilbevölkerung um nicht mehr als einige Hunderttausend“.⁴

Außerdem erschien bei aller grundsätzlich vorhandenen Sympathie im Bundestag die Errichtung von zwei größeren Gedenkprojekten kaum realistisch. Deshalb legte das DPI gemeinsam mit der Stiftung Denkmal im Juni 2020 einen Kompromissvorschlag vor (DPI und Stiftung Denkmal 2020): Auf einem „Platz des 1. September 1939“ sollte eine „permanente künstlerische Installation“ mit deutscher und polnischer Inschrift errichtet werden, und daneben ein Dokumentationszentrum zur Besetzung ganz Europas entstehen.

Die darin implizit angelegte Opferhierarchisierung (Schulze Wessel 2020) wollte sich der Bundestag nicht zu Eigen machen. Stattdessen wurden im Oktober 2020 beide Projekte voneinander getrennt. Der wesentliche Unterschied in der parlamentarischen Behandlung bestand darin, dass zur nationalsozialistischen Besetzungsherrschaft nun ein Realisierungsvorschlag erarbeitet werden sollte (Bundestagsdrucksache 19/23126)⁵, während der Bau des polnischen Projekts bereits beschlossen wurde. Es lohnt, den Wortlaut des verabschiedeten gemeinsamen Antrags von CDU/CSU, SPD, Grünen und FDP genauer anzusehen (Bundestagsdrucksache 19/23708). Ziel sei es, „an prominenter Stelle in Berlin einen Ort zu schaffen, der im Kontext des besonderen deutsch-polnischen Verhältnisses den polnischen Opfern des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Besetzung Polens gewidmet ist und ein Ort der Begegnung und Auseinandersetzung mit der Geschichte ist. Er soll Deutsche und Polen zusammenbringen und damit zur Vertiefung unserer Beziehungen, zur Verständigung und Freundschaft sowie zum Abbau von Vorurteilen beitragen“.

Ganz offensichtlich war das weit von der ursprünglichen Idee nur eines Denkmals entfernt. Explizit wies der Text aber auf die Trennung von bisherigen Gedenkstätten hin und forderte eine breite historische Kontextualisierung etwa vor dem Hintergrund der Teilungen Polens und zugleich der Aussöhnung zwischen den beiden Ländern nach 1945. Denn indem der Bundestag auf die deutsch-polnische Sonderstellung und Nachbarschaft abzielte, ließe sich gegebenenfalls gegen weitere nationale Denkmalsforderungen argumentieren. Zugleich ist gerade diese – tatsächlich gegebene – Besonderheit eine Möglichkeit, außenpolitisch gute Stimmung zu machen.

Mit der Ausarbeitung eines ersten Entwurfes befasste sich deshalb das Auswärtige Amt und zog dazu das DPI heran, das für die inhaltlichen Fragen zuständig war. Das verdeutlicht, wie sehr die Bundesregierung in dem Projekt ein außenpolitisches Symbol erkennen wollte: Gedenkstätten und Museen ressortieren auf Bundesebene ansonsten bei der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien (BKM). Außenminister Heiko Maas beauftragte mit Rolf Nickel einen vormaligen Botschafter in Polen. Im folgenden Jahr

⁴ Przyłębski an Melnyk, 27.5.2020, <https://wyborcza.pl/7,173236,26383322,a-letter-from-the-polish-ambassador-in-berlin-to-his-ukrainian.html?disableRedirects=true> (2.5.2021). Der Austausch der beiden Botschafter ging auch offiziell an den deutschen Bundestag.

⁵ Mit dieser Arbeit ist das Deutsche Historische Museum beauftragt, das Konzept liegt und wurde im Oktober 2023 vom Bundestag verabschiedet.

tauschte sich die Projektgruppe auf vielfältige Weise mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Deutschland und Polen aus und suchte insbesondere eine breitenwirksame Transparenz.

Diesen diplomatischen Kompromisscharakter hatte auch das im September 2021 vorgelegte Konzept („Ort des Erinnerns...“ 2021). Auf wenigen Seiten wurden darin ein inhaltlicher Rahmen, ein pädagogisches Konzept sowie die Notwendigkeit eines Denkmals vorgestellt: „Ein Denkmal soll Deutsche und Polen, aber auch Besucherinnen und Besucher aus anderen Staaten gleichermaßen ansprechen. Es soll durch die Erinnerung an Gewalt und Terror aufrütteln und durch das mahnende Gedenken zukunftsgerichtet wirken. [...] Der symbolische Ort ermöglicht stilles privates Gedenken ebenso wie offizielle bzw. halboffizielle Gedenkrituale. Er sollte sich organisch in die Berliner und deutsche Gedenklandschaft einfügen. Der symbolische Ort bedarf einer konkreten Widmung, um seine Aussage entfalten zu können.“ Als konkreten Platz favorisierte man nun das Gelände direkt südlich des Bundeskanzleramts, weil sich dort bis zum Zweiten Weltkrieg die Kroll-Oper befand, in der Adolf Hitler am 1. September 1939 vor dem versammelten Reichstag seine berüchtigte Rede zum Überfall auf Polen gehalten hatte („Seit 5 Uhr 45 wird jetzt zurückgeschossen!“).

Nach der Bundestagswahl ging die weitere Planung an BKM über, und zugleich wurde dem DPI mit der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden ein Partner zur Seite gestellt, der umfassende Erfahrung mit Denkmälern und Gedenkstätten hatte. In gewissem Sinne war aus einem außenpolitischen Projekt für Polen endgültig eines zur Aufklärung der Deutschen geworden. Im Bundeshaushalt 2022 waren dafür auch zwei Mitarbeiterstellen bei der Stiftung Denkmal vorgesehen, die mit Agnieszka Wierzcholska und Robert Parzer an durch Forschung und Ausstellungen ausgewiesene FachwissenschaftlerInnen besetzt wurden, während das DPI nun seinen Schwerpunkt auf Bildungsarbeit legte, die begleitend und dezentral stattfinden soll. In diesem Sinne konzentrieren sich beide Partner auf ihre Kernkompetenzen.

Die mit einiger Zeitverzögerung verbundene Umstellung führte im Herbst 2023 zu einem überarbeiteten Konzept (Eckpunktepapier 2023). Unter dem neuen Namen „Deutsch-Polnisches Haus“ blieb der Fokus auf den Zweiten Weltkrieg, zugleich aber „soll der Blick auf die mehrere Jahrhunderte währende gemeinsame und geteilte Geschichte bis in die Gegenwart hinein geweitet und geschärft werden“. Diese Annäherung an die Ideen eines „Polenmuseums“ geht einher mit einer mit einer weiteren sprachlichen Anpassung, denn statt eines Denkmals ist nun von einem „Gedenkzeichen“ als „markantes künstlerisches Element in Verbindung mit dem Gebäude oder in der landschaftlichen Gestaltung des Umfeldes“ die Rede.

Das wiederum stieß auf einige Kritik aus dem Umfeld der ursprünglichen Denkmalsinitiative – wobei sich die inzwischen emeritierten Dieter Bingen und Andreas Nachama auffallend zurückhielten (Gnauck 2023) – das seine Ausgangsidee nicht mehr wiedererkennen wollte. Das ist sicherlich eine zutreffende Beobachtung, denn der Weg vom „Polendenkmal“ zum „Deutsch-Polnischen Haus“ ist in der Tat weit. Allerdings trägt das vorliegende Konzept einer gesellschaftlichen Diskussion ebenso Rechnung wie dem Bundestagsbeschluss von 2021. Darüber hinaus wird so eine klarere Abgrenzung zum Dokumentationszentrum „Zweiter Weltkrieg und Besatzung in Europa“ möglich, selbst wenn

hierfür jenseits des Konzepts noch kein mit finanziellen Mitteln hinterlegter Baubeschluss des Bundestags vorliegt (Realisierungsvorschlag 2022).

Mit einem nochmals deutlich konkreteren „Realisierungsvorschlag“ vom 23. Mai 2024 trieb die bei der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden angesiedelte Stabsstelle für das Deutsch-Polnische Haus die Planungen voran; der Entwurf befindet sich in der Ressortabstimmung und soll im September 2024 dem Bundestag zugeleitet werden. Für das Papier fanden weitere Gespräche mit Expertinnen statt, die in mehreren zeitlich bzw. thematisch eingegrenzten Arbeitskreisen konzeptionelle Überlegungen unternahmen, was in ein 83seitiges Papier mündete. Außerdem ist die Stabsstelle inzwischen mit einer eigenen Homepage versehen (<https://deutschpolnisheshaus.de/>) und hat 2024 eine Informationstafel zum 1. September 1939 am Ort der ehemaligen Krolloper in Berlin-Mitte errichtet, gewissermaßen als Vorbote am gewünschten Ort des Deutsch-Polnischen Hauses (Bundestagsdrucksache 20/10863).

Auf einem anderen Blatt steht jedoch, wie und vor allem wann eine Realisierung des „Hauses“ möglich ist: Zu konstatieren sind eine unzureichende Personalausstattung der Projektbeteiligten, keine Mittelbereitstellung im Bundeshaushalt, kein Grundstück (der favorisierte Standort der Krolloper ist nicht in Bundesbesitz) – und damit einhergehend keine Möglichkeit eines Architektur- sowie eines Kunstwettbewerbs. Denn völlig klar ist auch, dass der sehr deutsche Weg eines Museums/Gedenkstätte zwar gewissermaßen mehr leistet als alleine ein Denkmal, aber eben auch komplizierter und teurer zu realisieren ist.

Stephan Lehnstaedt
Touro University Berlin

Bibliographie

- Aufruf an den Deutschen Bundestag und die deutsche Öffentlichkeit: Ein Polen-Denkmal in der Mitte Berlins, 15.11.2017, <https://www.polendenkmal.de/assets/downloads/Polendenkmal/Aufruf-Polendenkmal.pdf> (18.9.2023).
- Benz Wolfgang (für den wissenschaftlichen Beirat der Stiftung Denkmal) an Bundestagspräsidenten, 29.11.2019.
- Bingen Dieter / Lehnstaedt Stephan, „Brauchen wir ein ‚Polen-Denkmal‘? Pro & Contra“, in: Jüdische Allgemeine, 13.11.2018.
- Bundestagsdrucksache 20/10863, Antwort der Staatsministerin Claudia Roth auf eine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Knut Abraham, 26.3.2024.
- Dieter Bingen Dieter / Simon Lengemann Simon (Hg.), Deutsche Besatzungspolitik in Polen 1939 – 1945. Eine Leerstelle deutscher Erinnerung?, Bonn 2019.
- Dieter Bingen/Simon Lengemann (Hg.), Deutsche Besatzungspolitik in Polen 1939 – 1945. Eine Leerstelle deutscher Erinnerung?, Bonn 2019
- Dolff-Bonekämper Gabriele, Denkmale der Vergangenheit stehen immer in der Gegenwart. Die Neue Wache in Berlin, in: Martin Sabrow (Hg.), Der Wert der Vergangenheit, Leipzig 2021, S. 79-104.
- DPI und Stiftung Denkmal, offener Brief, 9.6.2020, <https://www.deutsches-polen-institut.de/assets/Uploads/Schreiben-Stiftung-Denkmal-DPI-2020-06-09-Finale-Fassung.pdf> (18.9.2023).

- Eckpunkt Papier Deutsch-Polnisches Haus. Gedenken, Begegnen, Verstehen (August 2023), <https://deutschpolnischeshaus.de/DPHaus-EckpunktPapier202308-DE.pdf> (18.9.2023).
- Endlich Stefanie u.a. (Hg.), Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation. Band II, Ostdeutschland, Bonn 1999.
- Endlich Stefanie, Gedenk- und Informationsort für die Opfer der nationalsozialistischen „Euthanasie“-Morde, in: Gedenkstätten-Rundbrief 176 (2014), S. 10-21.
- Gespräch des Verfassers mit Florian Mausbach, vor der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion, Berlin, 14.1.2020.
- Gnauk Gerhard, „Gedenken an polnische Opfer: Streit über Polen-Denkmal in Berlin“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.3.2023.
- Jahn Peter, Initiative „Gedenkort für die Opfer der NS-Lebensraumpolitik“, in: Gedenkstätten-Rundbrief 178 (2015), S. 11-17.
- Kellerhoff Sven Felix, „Brauchen wir ein Denkmal für die polnischen Opfer Nazi-Deutschlands?“, in: Die Welt, 21.2.2019.
- Lehnstaedt Stephan, „Plädoyer für ein polnisch-deutsches Museum: Die Nachbarn verstehen lernen“, in: Der Tagesspiegel, 2.8.2018.
- Lubecka Joanna, Wokół Polen-Denkmal. Rozbieżności w polskiej i niemieckiej pamięci o ofiarach drugiej wojny światowej, in: Rocznik Polsko-Niemiecki 31 (2023).
- Marschall Christoph von, „Kontroverse um Gedenkpolitik: Bewegung im Streit um Polen-Mahnmal in Berlin“, in: Der Tagesspiegel, 11.6.2020.
- „Ort des Erinnerns und der Begegnung mit Polen. Konzept“, 15.9.2021, <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2482192/b066a68fd345413e8406c39cf21d6816/210915-konzept-data.pdf> (18.9.2023).
- Osteuropa, Bd. 2, Leipzig 2011.
- Puvogel Ulrike / Stankowski Martin (Hg.), Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation. Band I, Westdeutschland, Bonn, 2. Auflage 1996.
- Realisierungsvorschlag Dokumentationszentrum „Zweiter Weltkrieg und Besatzungsherrschaft in Europa“ (ZWBE), 5.4.2022, <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/2030382/588d5fb63f42594dc3ac4922f11a95c9/2022-05-04-dokumentationszentrum-zwbe-data.pdf?download=1> (18.9.2023).
- Schulze Wessel Martin, „Ein eigener Ort des Gedenkens“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.6.2020.
- Troebst Stefan / Wolf Johanna (Hg.), Erinnern an den Zweiten Weltkrieg. Mahnmale und Museen in Mittel- und.
- Ukielski Paweł, „Kein großer Sack für alle Slawen“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.6.2019.

RADA REDAKCYJNA

Członkowie krajowi: **Marek Cichocki** (profesor, Collegium Civitas; Instytut Stosunków Międzynarodowych i Zrównoważonego Rozwoju, Warszawa, Polska), **Hanka Dmochowska** (doktor, em., Instytut Zachodni im. Zygmunta Wojciechowskiego, Poznań, Polska), **Tomasz Grzegorz Grosse** (profesor, Uniwersytet Warszawski; Wydział Nauk Politycznych i Studiów Międzynarodowych; Instytut Europeistyki, Warszawa, Polska), **Marceli Kosman** (profesor, em., Uniwersytet im. Adama Mickiewicza; Wydział Nauk Politycznych i Dziennikarstwa, Poznań, Polska), **Mariusz Menz** (doktor, Uniwersytet im. Adama Mickiewicza, Wydział Historii, Poznań, Polska), **Aleksander Posern-Zieliński** (profesor, em., Polska Akademia Nauk, Uniwersytet im. Adama Mickiewicza, Instytut Antropologii i Etnologii, Poznań, Polska); **Hanna Suchocka** (profesor, Uniwersytet im. Adama Mickiewicza, Wydział Prawa i Administracji, Poznań, Polska); **Justyna Schulz** (doktor, Instytut Zachodni im. Zygmunta Wojciechowskiego, Poznań, Polska)

Członkowie zagraniczni: **Stefan Garsztecki** (profesor, Institut für Europäische Studien, Technische Universität Chemnitz, Niemcy), **Hans Henning Hahn** (profesor, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Niemcy), **Jonathan Huener** (profesor, University of Vermont, Burlington VT, USA), **Henryka Ilgiewicz** (dr hab., Lietuvos kultūros tyrimų institutas – Litewski Instytut Badań Kultury, Wilno, Litwa), **Dagmara Jajęśniak-Quast** (profesor, Centrum Interdyscyplinarnych Studiów o Polsce, Uniwersytet Europejski Viadrina, Frankfurt nad Odrą, Niemcy), **Kai Olaf Lang** (Dr. sc. pol., Stiftung Wissenschaft und Politik, German Institute for International and Security Affairs, Berlin, Niemcy), **Stephan Lehstaedt** (profesor, Touro College, Berlin, Niemcy), **Jerzy Maćków** (profesor, Universität Regensburg, Institut für Politikwissenschaft, Niemcy), **Olga Morozowa** (profesor, Czarnomorski Uniwersytet Narodowy im. Petra Mohyły, Mikołajów, Ukraina), **Jaroslav Panek** (profesor, Akademie věd České republiky Historicky Ustav AV, Czech Academy of Sciences, Section of Historical Sciences, Czechy), **Katarzyna Stokłosa** (profesor, Centre for Border Region Studies, University of Southern Denmark, Sønderborg, Odense, Dania), **Klaus Ziemer** (profesor, em., Universität Trier, Niemcy, Uniwersytet Kardynała Stefana Wyszyńskiego w Warszawie; Instytut Politologii, Polska), **Katarzyna Żukowska-Gagelmann** (profesor, Die Duale Hochschule Baden-Württemberg DHBW, Loerrach, Niemcy)

REDAKTORZY TEMATYCZNI

Przemysław Hauser (profesor, em. Uniwersytet im. Adama Mickiewicza, Poznań, Polska), **Tomasz Schramm** (profesor, Uniwersytet im. Adama Mickiewicza, Poznań, Polska) – historia, **Jacek Kubera** (doktor, Uniwersytet im. Adama Mickiewicza, Wydział Socjologii, Poznań, Polska) – socjologia, **Jerzy Kałużny** (profesor, Uniwersytet im. Adama Mickiewicza, Instytut Filologii Germańskiej, Poznań, Polska) – nauki o kulturze, **Tomasz Rynarzewski** (profesor, Uniwersytet Ekonomiczny, Poznań, Polska), **Piotr Kalka** (profesor, em. Instytut Zachodni im. Zygmunta Wojciechowskiego, Poznań, Polska) – ekonomia.

Redaktor statystyczny: **Piotr Jabkowski** (profesor, Uniwersytet im. Adama Mickiewicza, Wydział Socjologii, Poznań, Polska)

Redaktor językowy: **Anna Murawska** (język polski), **Maria Wagińska-Marzec** (język niemiecki), **Jonathan Chumas** (język angielski)

RECENZENCI ZEWNĘTRZNI

Jan Barcz (profesor, Akademia Leona Koźmińskiego; Katedra Prawa Międzynarodowego i Prawa Unii Europejskiej, Warszawa, Polska), **Bożena Górczyńska-Przybyłowicz** (profesor, Uniwersytet im. Adama Mickiewicza, Wydział Historii, Poznań, Poznań), **Bogdan Koszel** (profesor, Uniwersytet im. Adama Mickiewicza, Wydział Nauk Politycznych i Dziennikarstwa, Poznań, Polska), **Albert Kotowski** (profesor, Uniwersytet Kazimierza Wielkiego w Bydgoszczy, Wydział Historyczny, Polska), **Matthias Kneip** (doktor, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt, Niemcy), **Peter Oliver Loew** (profesor, Deutsches Polen-Institut Darmstadt, Niemcy), **Magdalena Izabella Sacha** (doktor, Uniwersytet Gdański; Instytut Badań nad Kulturą, Polska), **Henadz Sahanowicz** (profesor, Studium Europy Wschodniej UW, Polska), **Renata Schaefer** (profesor, School of Business and Economics Sonoma State University, California, USA), **Janusz J. Węc** (profesor, Uniwersytet Jagielloński, Instytut Nauk Politycznych i Stosunków Międzynarodowych, Kraków, Polska)